

John V. Denson: *Sie sagten Frieden und meinten Krieg*, 2013 Druffel & Vowinckel, 256 S.;
US-Original 2006: *A Century of War*, Übersetzer/Herausgeber: Gerd Schultze-Rhonhof.

.Denson ist seit 1988 Mitglied der US-amerikanischen Akademie für Strafverteidiger, seit 2005 Bezirksrichter; er ist Herausgeber/Mitautor von Büchern über Kriege der USA und den Niedergang der Freiheit in den USA.

Einführung durch den Herausgeber

Der Inhalt dieses Buchs von John V. Denson ist halb verfassungsrechtlicher und halb kriegsgeschichtlicher Natur. Denson setzt sich zu Anfang mit dem ungleichen Geschwisterpaar von Freiheit und Staatsmacht auseinander, ehe er den Widerstreit der beiden anhand der Kriege der USA von 1845 bis 1945 darstellt. Dann folgt der für die deutschen und österreichischen Leser aufschlussreichste Teil. John Denson beschreibt die Methoden, mit denen die amerikanischen Regierungen ihre Kriege seit 1846 als Feldzüge für „Frieden, Menschlichkeit und Freiheit“ deklariert und doch oft als Intrigenspiele inszeniert haben. Er deckt dabei die Kriegsgründe, Kriegsmotive und die Kriegsziele der USA auf, die immer eher in den Expansionen der amerikanischen Herrschaft und den Wirtschaftsvorteilen zu erkennen waren, als bei dem Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Es ging dabei kaum um Ideale. Es ging fast immer um Interessen.

Die deutschsprachigen Leser, die inzwischen fast alle von der Alleinschuld ihrer Eltern und Großeltern an den zwei Weltkriegen des zwanzigsten Jahrhunderts überzeugt sind, und die Japaner, denen die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg im Pazifik zugesprochen wird, werden sich an manchen Stellen dieses Buchs die Augen reiben. Das uns Deutschen innewohnende Bewusstsein von der eigenen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Europa, von der oft unangemessenen Gewaltherrschaft in den von uns im Krieg besetzten Ländern und von der Ermordung von Sinti, Roma und Juden in jener Zeit verstellt uns den Blick auf das, was um Deutschland und Japan herum zur gleichen Zeit verursacht und verbrochen worden ist. Der Reiz des Buchs besteht für den deutschen und österreichischen Leser darin, dass es von einem US Amerikaner geschrieben worden ist.

Das Buch kann dem Leser auch helfen, die Diskrepanz zwischen den humanitären Idealen der USA und ihren immer wiederkehrenden Menschen- und Völkerrechtsverstößen zu verstehen. Der Buchautor zeigt auf, wie sich der idealistische Selbstanspruch der Amerikaner und ihre in den Kriegen oft brutalen Verhaltensmuster wie rote Fäden durch die nordamerikanische Geschichte vom Amerikanisch-Mexikanischen Krieg von 1846 bis nach Guantanamo auf Kuba im Jahr 2013 ziehen.

Wie ein solcher Faden zieht es sich durch Amerikas Geschichte, dass nicht wenige ihrer Präsidenten Kriegsanhänge fingierten und ihre Gegner so lange provozierten, bis diese selbst den Krieg eröffnen mussten. So haben sich viele US Präsidenten ihre „Verteidigungskriege“ selber arrangiert, die US Kongresse oft durch vollendete Tatsachen zur Abgabe von Kriegserklärungen genötigt und das amerikanische Volk durch falschen Anschein kriegsbereit gemacht.

Das begann vor über 150 Jahren. 1846 ließ Präsident James Polk amerikanische Truppen in ein von Mexiko beanspruchtes Gebiet im heutigen Texas, Neu Mexiko und Colorado bis an den Rio Grande vorrücken, um es zu annektieren. Als mexikanische Truppen daraufhin den Rio Grande überschritten und gegen die Amerikaner vorgingen, erklärte Präsident Polk dem amerikanischen Kongress, nun wäre keine Kriegserklärung mehr nötig. Die Mexikaner hätten den Krieg längst selbst eröffnet. Der rote Faden, der hier anfängt und der sich bis in den Zweiten Weltkrieg und danach durchzieht, ist die Methode, Gegnerstaaten zu Abwehrreaktionen zu verleiten und dann vor dem amerikanischen Volk, dem US Kongress und der Welt zu behaupten, die Vereinigten Staaten wären angegriffen worden.

Schicksalhaft für die Amerikaner selbst wurde dies Vorgehen, als Präsident Abraham Lincoln 1861 den großen Bürgerkrieg der Nordstaaten gegen die Südstaaten inszeniert hat. 1860-61 hatten sich sieben amerikanische Bundesstaaten von der amerikanischen Union gelöst, was ihnen nach der US Verfassung von damals offenstand. Es ging dabei nicht um die Sklavenbefreiung, wie Präsident Lincoln später vorgab. Selbst gegen Ende des Bürgerkriegs gestand Lincoln den Südstaaten die Beibehaltung der Sklaverei für den Fall zu, dass sie in die Union zurückkehrten. Der Streitgrund der zwei Bürgerkriegsparteien waren vor allem die von Präsident Lincoln eingeführten extrem hohen Zollgebühren und Steuern, die nur dem Norden nutzten. Der industrialisierte Norden der USA und der agrarische Süden hatten sich wirtschaftlich auseinanderentwickelt. Die Industrie des Nordens wurde mit gewaltig hohen Schutzzöllen vor der leistungsfähigeren Industrie Englands geschützt, und die Menschen in den Südstaaten durften die wesentlich preiswerteren Produkte aus Europa nicht ohne die sehr hohen Zollaufschläge kaufen. So versuchten die Südstaaten dem einheitlichen Zollgebiet der Union durch Austritt zu entkommen und einen eigenen Freihandelsraum mit Niedrigzöllen zu errichten. Ein weiterer Anlass für den Verdross der Südstaaten ergab sich aus der inneramerikanischen Verteilung der Zoll- und Steuereinnahmen, die zu etwa 80 % aus dem Süden kamen und weit überwiegend in den Infrastrukturaufbau des Nordens flossen. Aus Präsident Lincolns Perspektive sah das allerdings anders aus. Er wollte nicht als der Präsident in die Geschichte eingehen, unter dem die USA zerfallen waren. Er stand vor der Gefahr des Auseinanderbrechens seiner noch jungen Republikanischen Partei. Er verfügte weder im Repräsentantenhaus noch im Senat über eine eigene Mehrheit. Er musste damit rechnen, dass die Warenströme aus Übersee nun nicht mehr über New York sondern über Charleston und andere Südstaaten-Häfen laufen würden. Er stand vor einem Bankrott des Staats. Für Lincoln gab es nur eine Lösung für diese Vielzahl von Problemen. Er brauchte einen Krieg, der seine Partei und die Nordstaaten hinter ihm vereinigen und die Südstaaten in die Union zurück zwingen würde. Die Sache hatte nur politisch und moralisch einen Haken. Er durfte diesen Krieg nicht selbst beginnen. Die Südstaaten mussten den „ersten Schuss“ in diesem Krieg abfeuern.

Als Lunte hierfür diente Präsident Lincoln die wichtigste Zolleinnahmestelle in den Südstaaten. Das war das Fort Sumter an der Zufahrt vom Atlantik zur Hafenstadt Charleston in Süd Carolina. Der Präsident verkündete zunächst mehrfach öffentlich und vor der Regierung von Süd Carolina, Fort Sumter würde nicht mit Truppen verstärkt. Eine Versorgung des Forts durch die Nordstaaten war zudem nicht nötig, weil die Besatzung des Forts täglich aus Charleston mit Frischverpflegung beliefert wurde. Präsident Lincoln fuhr mit

seinen Versicherungen fort, Sumter würde weder personell verstärkt noch materiell versorgt, ließ aber heimlich einen Verband von 8 Kriegsschiffen mit 1.400 Soldaten nach Fort Sumter laufen und ließ im Norden verbreiten, er hätte nur Schiffe mit Verpflegung für die „hungernden“ Soldaten des Forts in Marsch gesetzt. Das war das Feuer an der Lunte. Als die acht Kriegsschiffe vor Fort Sumter eintrafen, eröffnete die Südstaatenartillerie das Feuer auf das Fort, und Lincoln erklärte, die Südstaaten hätten die „ersten Schüsse“ abgegeben und den Norden angegriffen. Auf das Bedauern seiner Berater über das Misslingen des Fort-Sumter-Unternehmens erwiderte Lincoln ein paarmal selbstzufrieden, dass der Zweck erfüllt wäre. Die Südstaaten hätten nun den Krieg eröffnet. Präsident Lincoln hat mit diesem Winkelzug die Einheit der USA gerettet. Aber diese Rettung hat die Südstaaten für ein halbes Jahrhundert in ihrer Entwicklung aufgehalten und über eine halbe Million Amerikaner ihr Leben gekostet. Lincoln hat sein Volk in diesen Krieg hinein gelogen. Hier ging es nicht um die Menschenrechte von Sklaven. Hier ging es um Machterhalt und um Interessen.

Der Leser wird Lincolns Motive von 1861, nämlich Zoll- und Wirtschaftsinteressen, 1917 und 1941 wiederfinden, und seine Strategie 1941 in Roosevelts Motiven und Verhalten wiedererkennen, als der versuchte, erst die Deutschen, dann die Japaner zur Abgabe der „ersten Schüsse“ und einer Kriegserklärung zu verleiten.

Die Südstaaten hatten sich noch nicht von ihrem Aderlass erholt, da provozierte ein weiterer Präsident 1898 den Amerikanisch-Spanischen Krieg. In den 1860er Jahren hatten amerikanische Zeitungen und Politiker wiederholt gefordert, die Karibikinsel Kuba für die USA zu annektieren. Doch die republikanische Partei hatte sich auf die „Unabhängigkeit Kubas“ festgelegt. Sie wollte keinen weiteren „Südstaat“ in den USA. Aber hinter Kuba lockte eine andere Beute, die Philippinen auf der Handelsroute von Amerika nach Ostasien. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hatte es immer wieder Unruhen auf Kuba und Versuche der Kubaner gegeben, die spanische Kolonialherrschaft dort abzustreifen. Damit gab es immer neue Anlässe für die USA, hier einzugreifen. So nutzte die Regierung der USA 1898 eine Gelegenheit, einen Krieg um Kuba zu beginnen, um damit die Spanier aus Südamerika vertreiben und ihnen dabei auch gleich noch das nützliches Inselreich der Philippinen und eine weitere Insel im Pazifik zu entreißen. Es fehlte dazu aber ein defensiver Kriegsgrund, und den lieferte ein Vorkommnis auf Kuba.

Im Januar 1898 entsandte Präsident William McKinley den modernen Panzerkreuzer MAINE gegen den Protest der dortigen Spanier in den Hafen von Havanna. Nachdem die Spanier ein paar Wochen lang nichts dagegen unternommen hatten, explodierte das Schiff am 15. Februar auf zunächst ungeklärte Weise. 268 amerikanische Seeleute fanden dabei ihren Tod. Die US Regierung beschuldigte sofort die Spanier, das Schiff versenkt zu haben und blockierte zur Strafe alle Häfen Kubas. Spanien erklärte daraufhin am 23. April den USA den Krieg. Doch schon einen Monat vor der spanischen Kriegserklärung, am 25. Februar, hatte der Stellvertretende US Flottenminister - und spätere Präsident der USA - Theodore Roosevelt die amerikanische Pazifikflotte zum Einsatz zu den Philippinen in Marsch gesetzt. Am 1. Mai 1898, also eine Woche nach der spanischen Kriegserklärung wegen der amerikanischen Seeblockade gegen Kuba, erschien die amerikanische Pazifikflotte vor Manila, schlug die Spanier dort in einer Seeschlacht und leitete damit die Eroberung der Philippinen ein. Was dort zunächst als Befreiung von den Spaniern ausgegeben wurde, erwies sich schnell als der

Beginn einer 65 Jahre dauernden, anfangs sehr brutalen Kolonialherrschaft der Amerikaner über die Philippinos. Im Freiheitskrieg der Philippinos gegen ihre „Befreier“ von 1899 bis 1902 verloren noch einmal rund eine Million der „Befreiten“ im Krieg gegen ihre neuen Kolonialherren ihr Leben. Auch hier klaffte der Selbstanspruch der Amerikaner - die Befreiung eines unterdrückten Volks - und ihre politische Selbstverwirklichung - die Machtausdehnung bis weit in den Pazifik - um Welten auseinander.

Nach dem Ende des Spanisch-Amerikanischen Krieges stellte sich bei der Untersuchung des gehobenen Wracks der MAINE heraus, dass diese weder beschossen noch von außen mit Minen beschädigt worden, sondern von innen heraus explodiert war. Den „ersten Schuss“ der Spanier, der jenen Krieg verursacht haben sollte, hatte es nicht gegeben. Der Verdacht gegen die Spanier war damit widerlegt. Der umgekehrte Verdacht, dass die Amerikaner ihr Schiff und seine Besatzung für eine Eroberung der Philippinen selbst geopfert hatten, war damit aber weder bestätigt noch aus der Welt geschafft.

Der Autor dieses Buchs John Denson spürt den steten Verhaltensmustern erneut im Ersten und im Zweiten Weltkrieg nach. Dabei stehen die zwei Präsidenten Woodrow Wilson und Franklin Delano Roosevelt im Fokus der Betrachtung. Beide führten ihre Wahlkämpfe um das Präsidentenamt mit dem Versprechen, die USA aus den zu der Zeit in Europa tobenden Kriegen herauszuhalten. Doch Wilson, Sohn einer englischen Mutter und eines Vaters irisch-schottischer Abstammung, hatte schon früher seine Fühler nach England ausgestreckt und mit englischen Politikern die Möglichkeiten eines amerikanischen Kriegseintritts an Englands Seite erörtert. Er hielt seinen Friedenskurs solange durch, bis ein zu großer wirtschaftlicher Schaden für die USA drohte und bis seine Wiederwahl als Präsident gesichert war.

Amerikas Privatbanken hatten die Kriegskosten Englands und Frankreichs nach Aufbrauch deren eigenen Vermögens finanziert und dabei auch die immensen Rüstungskäufe beider Länder bei der amerikanischen Industrie bezahlt, als sich das Kriegsglück zeitweise der deutsch-österreichischen Seite zuneigte. Im Frühjahr 1917 schied Russland geschlagen aus dem Kriege aus, und so entstand plötzlich die Möglichkeit eines Sieges der deutsch-österreichischen Seite. Damit wären die amerikanischen Kriegsgewinne weitgehend und die englisch-französischen Kriegsschulden in Gänze für die USA verloren gewesen. Wilson teilte seinen Entschluss zu einer Kriegserklärung an Deutschland dem Kabinett am 20. März 1917 mit, also eine Woche nach Ausbruch der Revolution in Russland.

Nun griff Präsident Wilson zu altbewährten Mitteln. Er brauchte moralisch einwandfreie Gründe, um die USA an der Seite Englands und Frankreichs in den Krieg zu führen. Die Rettung amerikanischer Banken und Kriegsgewinne wären keine Gründe gewesen, die dem Selbstanspruch der amerikanischen Öffentlichkeit genügt hätten. Die drei altbewährten Mittel waren die Fehlinformation der eigenen Bevölkerung, der Appell an hohe Ideale und die Propaganda-Aussagen über Deutschland. Kriegsgründe, die dazu geeignet schienen, waren der verschärfte deutsche U-Boot-Krieg, der zwei Jahre zurückliegende LUSITANIA-Untergang, die von England erfundenen und publizierten deutschen Kriegsgreuel, das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Fremdnationen unter Österreich-Ungarns Herrschaft, die Bewahrung der Menschheit vor weiteren Kriegen für alle Zeit und der Kampf um die Ausbreitung der Demokratie.

Zurück zum deutschen U-Boot-Krieg und zur LUSITANIA-Versenkung: Zu Beginn des Ersten Weltkriegs nahm die Britische Admiralität mit einer Seeblockade gegen Deutschland auch den Seekrieg gegen die neutrale Handelsschiffahrt auf, was das Kriegsvölkerrecht verletzte, aber durch die USA toleriert wurde. Als die Deutsche Seekriegsleitung mit dem U-Boot-Krieg gegen den britischen Seekrieg antwortete, was der internationalen Prisenordnung widersprach, kamen hingegen scharfe Reaktionen aus den USA. Präsident Wilson erklärte den deutschen U-Boot-Krieg zum „Krieg gegen die Menschheit“ und forderte den Verzicht auf diese Art der deutschen Reaktion. Der amerikanische Außenminister William J. Bryan bat Präsident Wilson, sowohl auf England als auch auf Deutschland einzuwirken, ihre jeweiligen Methoden des Seekriegs gegeneinander zu entschärfen. Präsident Wilson ging darauf jedoch nicht ein.

Die deutsche U-Boot-Blockade Englands blieb ein Dauerthema zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung bis Wilson sie 1917 zum Grund für seine Kriegserklärung machte.

Die Stimmung gegen Deutschlands U-Boot-Krieg war in der amerikanischen Bevölkerung bereits seit einem spektakulären Ereignis angeheizt, das zwei Jahre vor der amerikanischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich lag. Am 7. Mai 1915 hatte ein deutsches U-Boot ein großes englisches Passagierschiff, die LUSITANIA, versenkt. Sie war damals das schnellste Ozeanschiff der Welt. Die LUSITANIA, die im britischen Schiffsregister als Hilfskreuzer registriert war, hatte auf ihrem Weg von New York nach England außer englischen Passagieren und in den USA gekauften Waffen und viel Munition auch amerikanische Passagiere mit an Bord. Vor der Abfahrt des Schiffes aus den Staaten hatte der deutsche Generalkonsul in New York amerikanische Staatsbürger durch ein Zeitungsinserat vor einer Passage mit dem Schiff gewarnt, weil es im Seekriegsgebiet um England von deutschen U-Booten gejagt werden würde. Der amerikanische Außenminister Bryan hatte versucht, Wilson zu veranlassen, amerikanische Staatsbürger offiziell zu warnen, auf Schiffen der kriegführenden Staaten mitzufahren. Auch das fand bei Wilson kein Gehör. Er war der Ansicht, das läge in der freien Entscheidung der mitreisenden Amerikaner. Wilson sah, so vermutet der Autor dieses Buchs, im möglichen Verlust amerikanischer Menschenleben den erwünschten, offenkundigen Grund, in den Krieg gegen Deutschland zu Gunsten Englands einzutreten.

Hier hat offensichtlich auch der Erste Seelord der Britischen Admiralität Winston Churchill versucht, mit dem Opfer von Schiff und amerikanischen Passagieren die USA auf Englands Seite in den Krieg zu ziehen.

Die LUSITANIA stach am 1. Mai 1915 mit Engländern und ein paar hundert Amerikanern an Bord in See und erreichte am 7. Mai vor Irland das Seegebiet um England, das die deutsche Regierung zur Kriegszone erklärt hatte. Als sich die LUSITANIA ihrem Bestimmungshafen näherte, bekam das eskortierende Kriegsschiff, die JUNO, von der Britischen Admiralität die Weisung, ihren bisherigen Auftrag zu beenden. So fuhr die LUSITANIA ohne Begleitschutz weiter. Sie wurde weder informiert, dass sie nun alleine war, noch dass ein deutsches U-Boot direkt auf ihrem Kurs lag, was der Admiralität jedoch bekannt war. Und zum Schluss gab die Admiralität dem Kapitän noch den Befehl, die Geschwindigkeit zu drosseln. Damit war die

LUSITANIA zur leichten Beute für deutsche Torpedos geworden. 128 amerikanische Staatsbürger kamen bei der Versenkung des Schiffes ums Leben. Die Empörung in den USA war groß. Als US Präsident Wilson in zwei Noten von Deutschland verlangte, die Versenkung der LUSITANIA als Verbrechen zu verurteilen, trat Bryan als US Außenminister zurück, weil die Noten Wilsons den Charakter eines Ultimatums hatten, und die USA in einen Krieg mit Deutschland hätten verwickeln können. So wurde der Untergang der LUSITANIA erst nach der russischen Revolution zu einem Kriegsgrund. Am 6. April 1917 erklärte Wilson dem Deutschen Reich den Krieg, ohne dass Deutschland je die Interessen der USA bedroht oder - wie von Präsident Wilson behauptet - nach der Weltherrschaft getrachtet hätte.

Präsident Wilson war indes ein recht zweifelhafter Prophet für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die Durchsetzung der Menschenrechte. 1913 ließ er die Freiheitsbewegung in der amerikanischen Kolonie Philippinen mit äußerster Gewalt unterdrücken, und 1914 und 1916 ließ er zweimal US Truppen ohne Kriegserklärung in das benachbarte Mexiko marschieren, um amerikanische Interessen durchzusetzen.

Nach Kriegsende gab Präsident Wilson am 5. September 1919 in einer Rede in St. Louis selbst zu, „Dieser Krieg war von Beginn an ein wirtschaftlicher und industrieller Krieg. Er war kein politischer Krieg.“¹

Genau 20 Jahre später eröffnete Adolf Hitler am 1. September 1939 nach elf Monaten vergeblicher Verhandlungen einen zunächst lokalen Krieg mit Polen um die Wiedervereinigung der deutschen Stadt Danzig mit Deutschland, um eine exterritoriale Verkehrsanbindung der seit 1921 vom Reichsgebiet abgeschnittenen Provinz Ostpreußen und um die Wahrung der Menschenrechte für die deutsche Minderheit in Polen. Eine Woche später schon hatte sich der deutsch-polnische Konflikt mit den Kriegserklärungen Englands, Frankreichs, Australiens, Britisch-Indiens, Südafrikas und Kanadas zu einem zweiten Weltkrieg ausgeweitet.

Am Tag der britischen Kriegserklärung gegen Deutschland erklärte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt in einer Rede an sein Volk: „Ich hoffe, dass wir uns aus diesem Krieg heraushalten können!“ Doch Roosevelt hatte schon zwei Jahre vorher und noch einmal im Januar 1939 damit begonnen, einen Krieg gegen Deutschland politisch vorzubereiten. Und bereits sechs Jahre vorher hatte er angefangen, die Rüstung der USA auf einen solchen Krieg einzustellen. Er begann sofort nach seinem Amtsantritt 1933 damit, die US Navy aufzurüsten und verlangt zur gleichen Zeit von Deutschland, jede Wiederaufrüstung zu unterlassen. Die gigantische Aufrüstung der Sowjetunion zur selben Zeit hat Roosevelt dagegen kritiklos toleriert. Präsident Roosevelts Distanz zu Deutschland und seine Toleranz gegenüber Sowjetrußland hatten offensichtlich wirtschaftliche Gründe.

Zum ersten hatte der deutsche Diktator Hitler bald auf einem Feld der Politik Erfolg, wo Roosevelt ihn selber dringend nötig gehabt hätte. Deutschlands 6,3 Millionen Arbeitslose von 1933 waren bis 1936 zum größten Teil zurück in Lohn und Brot, während von den 12,8

¹ The Papers of Woodrow Wilson, Herausgeber S. Link, Princeton, N.J., Princeton University Press, 1990, Band 63, Seiten 45f

Millionen arbeitslosen Amerikanern des Jahres 1933 trotz Roosevelts New-Deal-Programms 1938 noch immer 10,4 Millionen Menschen in den USA ohne Arbeit waren. So war Hitlers deutscher Weg mit seinem „Wirtschaftswunder“ zu einem Popularitätsproblem für Roosevelt im eigenen Land geworden.

Zum deutschen „Wirtschaftswunder“ gehörte als Zweites der wachsende devisenlose Handel deutscher Firmen in Südamerika, der den Nordamerikanern ihre Marktanteile deutlich schmälerte. Das Deutsche Reich schloss mit 25 devisenschwachen Ländern in Südosteuropa, im Nahen Osten und in Südamerika zweiseitige Verträge über einen zahlungsfreien d.h. devisenlosen Außenhandel, also Ware gegen Ware. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und den Partnerländern wurde Wert gegen Wert verrechnet, ohne dass noch Devisen zur Bezahlung flossen, und ohne dass der Handel mit geliehenem und verzinsten Geld vorfinanziert werden musste. So hatte sich Deutschland zwischen 1932 und 1936 eine informelle Sonderwirtschaftszone aufgebaut. An dem System des devisenlosen und weitgehend zinsfreien Außenhandels profitierte jedes Land, das sich vertraglich an Deutschland band. Dabei aber - und das war der Pferdefuß - verloren die USA, Großbritannien und Frankreich auf Märkten große Marktanteile, auf denen sie bisher beherrschend waren, besonders die USA in Südamerika. Außerdem verloren New York und London ihre Kreditgeschäfte bei der Vorfinanzierung des Außenhandels in den Staaten, die jetzt Tauschhandel mit den Deutschen trieben. So übte die Lobby der US-Industrie, der Banken und der Landwirtschaft Druck auf Präsident Roosevelt aus, die deutsche Konkurrenz in Südamerika durch einen Krieg zu stoppen.

In der gleichen Zeit eroberte Italien 1935 Äthiopien, und Japan setzte ab 1937 seine Machtausdehnung im Großreich der Chinesen fort. Das veranlasste Präsident Roosevelt, am 5. Oktober 1937 zu einer spektakulären, in Ton und Inhalt scharfen Rede. Er sagte, „Terror und Rechtlosigkeit haben einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedroht.“ „Frieden und Freiheit von 90% der Weltbevölkerung werden von 10% bedroht.“² Wie Präsident Roosevelts Außenpolitik und seine Vorzugsbehandlungen auf der einen Seite und seine Strafmaßnahmen auf der anderen Seite bald offenbarten, waren Italien, Japan und Deutschland die „Terrorstaaten“, und Sowjetrussland gehörte zu den „zivilisierten Staaten“. Was das Deutsche Reich betraf, so hatte Hitler-Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine einzige Revisionsforderung gegen einen der Gewinnerstaaten von Versailles erhoben. Auf der anderen Seite hatte Roosevelt bald nach seinem Amtsantritt diplomatische Beziehungen mit Sowjetrussland aufgenommen und Stalins Terror-Regime damit politisch anerkannt.

Nun tauchten die alten Drehbücher der Kriege gegen Mexiko, die Südstaaten, Spanien, und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg wieder auf: der Aufbau eines moralischen Bühnenbilds, die Diffamierung des Gegners, die Täuschung der eigenen Bevölkerung, das Hintergehen des US Kongresses, das Missachten der eigenen Verfassung, das Provozieren des Gegners bis zum „ersten Schuss“, der Kampf bis zum Sieg und die Rache an den Besiegten.

² Die sog. Quarantänerede von Chicago

Schon im Januar 1939, als Hitler den Polen noch die Verhandlungslösung „Danzig bleibt wirtschaftlich bei Polen und kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft“ angeboten hatte, hatte Präsident Roosevelt die polnische Regierung gedrängt, nicht auf die deutschen Wünsche einzugehen. Am Tag vor Kriegsausbruch spielte Roosevelt noch einmal dieselbe böse Rolle. An diesem Tag erfuhr er vom Hitler-Stalin-Pakt und durch sofortigen Verrat vom geheimen Teilungsplan für Polen. Roosevelt gab dies Wissen nicht nach Warschau weiter. Er ließ der polnischen Regierung stattdessen übermitteln, sie sollte gegenüber Deutschland unnachgiebig bleiben. Roosevelt befürchtete ein Nachgeben Warschaus in der Danzig- und der Korridor-Frage im allerletzten Augenblick. Roosevelt hatte auf Krieg gesetzt.

Als Hitler dann Polen im September Polen angreifen ließ, hatte Roosevelt verkündet: „Ich hoffe, dass wir uns aus diesem Krieg heraushalten können.“ Nicht einmal drei Wochen später war das „Heraushalten“ beendet. Die USA belieferten einseitig England und Frankreich mit Waffen und Munition, nach der „cash and carry“-Regel. 1940 führte Präsident Roosevelt seinen Wahlkampf um die Wiederwahl noch immer mit dem Versprechen, die USA aus jedem fremden Krieg herauszuhalten, schloss aber im Juli 40 bereits ein Abkommen mit England über die Lieferung von 50 Zerstörern für Britanniens Royal Navy. Im August 1940 übernahm Roosevelt außerdem den 8-Punkte-Plan seines Fernost-Beraters McCollum, Japan durch ein Embargo wirtschaftlich zu strangulieren und militärisch zu provozieren, bis es selbst den Krieg mit den USA eröffnet.

Ab März 1941, nach der Erschöpfung der englischen Staatsfinanzen, beschloss der US Kongress das „lend and lease“-Gesetz zur weiteren Finanzierung der britischen Kriegskosten. Zur selben Zeit begann Präsident Roosevelt die amerikanische Bevölkerung, die ihre eigene Kriegsteilnahme bisher mit übergroßer Mehrheit abgelehnt hatte, durch „Lügenpropaganda“³ umzustimmen. Roosevelt hielt Rundfunkreden über einen bevorstehenden deutschen Angriff auf die USA. Etliche seiner Kabinettsmitglieder echoten die Reden nach und gossen Öl ins Feuer dieser Panikvorstellungen. Ab 1941 begann Roosevelt, einen „Drang Deutschlands zur Eroberung aller fünf Kontinente“ auszumalen, den nur die Amerikaner würden stoppen können. Ihre Spitze erreichte diese Angstkampagne, als Roosevelt den Amerikanern am 27. Mai 1941 „eröffnete“, dass die Deutschen planten, die USA über Spanien, Nord- und Westafrika, den Südatlantik, Brasilien und Panama von Süden her anzugreifen. Damit hatte Roosevelt die von ihm angestrebte Kriegsteilnahme der USA zur Selbstverteidigung umgedeutet. Im September 1941 erließ Roosevelt den ersten Schießbefehl an die US Navy gegen deutsche U-Boote auf dem Atlantik und ordnete militärischen Konvoi-Schutz für englische Schiffe durch die US Navy auf dem Nordwestatlantik an. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatten die USA unter Roosevelt den Krieg gegen Deutschland eröffnet und zwar ohne Kriegserklärung. Hitler reagierte allerdings nicht wie gewünscht. Er griff die USA nicht an, er erklärte Amerika keinen Krieg und er hielt an seinem bisherigen Schießverbot gegen amerikanische Schiffe fest.

So sah sich Präsident Roosevelt gezwungen, den Krieg gegen Deutschland über die Hintertüre eines Kriegs mit Japan zu erzwingen. Roosevelt ließ ab Juli 1941 mehrfach amerikanische Flottenverbände in japanische Hoheitsgewässer laufen, um die Japaner zu einer

³ Das Wort in Bezug auf Präsident Roosevelt stammt von seinem Amtsvorgänger Präsident Herbert Hoover.

Kriegseröffnung zu verleiten. Doch die Japaner haben Roosevelts Erwartung nicht entsprochen und nicht geschossen. Sie haben nur diplomatisch mit Protesten reagiert. Erst als Präsident Roosevelt den Japanern mit einem Erdöl- und Rohstoff-Embargo den Lebensnerv abgequetscht hat, haben sie versucht, die USA mit einem Überraschungsschlag aus dem Pazifik zu vertreiben und dazu im Dezember 1941 Pearl Harbor überfallen. Nun endlich reagierte Hitler wie erwartet. Er trat auf der Seite der verbündeten Japaner in den Krieg mit Amerika ein und erklärte den USA den Krieg.

Diese Abhandlung mag dem deutschen und österreichischen Leser sehr Roosevelt-zentriert erscheinen und die Rollen Hitlers und Japans zu Unrecht zu übergehen, aber das entspricht der Sicht und Beschreibung des amerikanischen Autors John V. Denson, in dessen Fokus die drei US Präsidenten Lincoln, Wilson und Roosevelt stehen.

So ist das Verleiten der Kriegsgegner zur formalen Kriegseröffnung eines der Markenzeichen amerikanischer Kriegspolitik. Ein weiteres Markenzeichen, das noch kurz gestreift werden soll, ist die Missachtung der eigenen Verfassung, des Kriegsvölkerrechts und der Menschenrechte. Es zieht sich wie ein eingewebtes Muster durch die Geschichte der Vereinigten Staaten. Viele Präsidenten und Teile ihrer Exekutiven fühlten sich in Zeiten von Krieg und Spannung frei von den Bindungen ihrer eigenen Rechtsnormen. So ließ Präsident Lincoln 1861 kurzerhand die Habeas-Corpus-Akte⁴ außer Kraft setzen und 13.000 Bürgerkriegsgegner in den Nordstaaten ohne Rechtsgrundlage und ordentliche Gerichtsverfahren ins Gefängnis werfen. Er ließ auch die Abgeordneten aus Maryland verhaften und gefangen setzen, die er im Verdacht hatte, sie könnten bei einer bevorstehenden Abstimmung für die Abspaltung ihres Bundesstaates von der Union stimmen. Beides waren selbstherrliche Verfassungsbrüche eines „allmächtigen“ Präsidenten, denn der Schutz der US Bürger vor Rechtswillkür und das Recht der Bundesstaaten auf Abspaltung von der Union waren damals geltendes Verfassungsrecht.

Dasselbe Verhaltensmuster wurde im Amerikanisch-Spanischen Krieg von 1898 und im Zweiten Weltkrieg wieder sichtbar. Im Februar 1942 zum Beispiel ließ Präsident Roosevelt über 117.000 amerikanische Staatsbürger japanischer Abstammung unter Entzug ihrer bürgerlichen Freiheitsrechte und ihres Vermögens für Jahre ohne Rechtsgrundlage in Arbeitslager sperren. Und am Ende des Zweiten Weltkriegs, im März 1945, entzog die amerikanische Regierung den westlich des Rheins in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten ihren Schutz-Status nach der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention, obwohl die USA beide Konventionen unterzeichnet hatte. Etwa 750.000 deutsche Kriegsgefangene lagen demzufolge wochenlang in 17 Lagern entlang des Rheins, kaum gepflegt, ohne medizinische Versorgung unter freiem Himmel auf engstem Raum eingepfercht. Deutschen Ärzten und der Bevölkerung aus der Nachbarschaft der Lager wurde mit Todesandrohung verboten, medizinisch zu helfen oder Verpflegung und Wasser zu den Gefangenenpferchen zu bringen. Die amerikanische Führung verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz den Zutritt zu den Lagern. In diesen Wochen sind zigtausende von deutschen Kriegsgefangenen elendiglich gestorben. Es hat gedauert, bis sich die Menschlichkeit und

⁴ Die englische „Habeas Corpus Amendment Act“ von 1679 hatte die Pflicht zur richterlichen Haftprüfung innerhalb von 3 Tagen eingeführt. Sie ist auch in den USA geltendes Recht.

Hilfsbereitschaft des amerikanischen Volks gegen diese Art der Regierungswillkür durchgesetzt hat. Dasselbe Verhaltensmuster ist auch in jüngster Zeit wieder zu beobachten: 2003 nach dem Dritten Golfkrieg im US Gefangenenlager Abu Ghuraib im Irak, wo es zu unmenschlichen Folterungen kam, und noch heute im Lager Guantanamo auf Kuba. In beiden Fällen sind Kriegsgefangenen gerichtliche Verfahren und der Schutz der Genfer Konvention vorenthalten worden und werden es in letzterem noch immer.

Der Leser wird bei der Lektüre dieses Buchs noch auf viele „Kriegsgebräuche“ amerikanischer Präsidenten und Regierungen stoßen, die eigentlich nicht zum Wesen dieser aufgeklärten und freiheitsliebenden Nation zu passen scheinen. Dazu gehören nicht nur das bereits erwähnte Verleiten von Gegnerstaaten zur Kriegseröffnung und zum „ersten Schuss“ und das Missachten verbrieftter Freiheits- und Menschenrechte für feindliche Kriegsgefangene und eigene Kriegsgegner. Zu den Gebräuchen, die für die USA in Kriegen fast typisch sind, gehören auch das Verhüllen eigener Mach- und Wirtschaftsinteressen durch moralisch hohe Ideale, das Vorgaukeln falscher Kriegsgründe, das Eröffnen von Kriegen und Interventionen ohne Kriegserklärung, das Ablehnen von Verhandlungen vor Kriegseröffnung und vor Kriegsende, falsche Propaganda zur Verunglimpfung und Beschuldigung der Gegner, die Einmischung in fremde Kriege ohne selbst bedroht zu sein, das Opfern von Schiffen und Menschen als Köder für den Gegner, die Härte der Bestrafung nach eigenen Siegen und das Hinterlassen von Chaos und Destabilisierung nach ihren Einmischungen.